

Präsidenten- wahlen in den USA



Seite 3 – 4

Seite 5 – 62

Seite 63

Anmerkungen für die Lehrkraft
2 Arbeitsblätter im Abreißblock
zum Thema: *Präsidentenwahlen in den USA*
Literaturhinweise und Internetadressen

Bestellcoupon auf S. 63/64

Zur Autorin:



Petra Beckmann-Schulz

Dipl. Politologin, Dr. phil., geb. 1957, lebt und arbeitet in Hamburg als freiberufliche Schulbuchredakteurin, -autorin, Lehrbeauftragte, Dozentin in der politischen Erwachsenenbildung. Sie arbeitet für diverse Schulbuchverlage, Online-Dienste und Redaktionen. Arbeitsschwerpunkte u.a.:

Geschlechterbeziehungen, Amerika-Studien, Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Veröffentlichungen als Autorin u.a.: Die Neue Rechte in den USA. Der Einfluss ihrer Political Action Committees auf den amerikanischen Senat, Wiesbaden: DUV 1992; Aus Frauen werden Bürgerinnen. Das Gleichberechtigungsgesetz von 1957, in: → www.cornelsen.de (Juni 2002); Die FDP und der Antisemitismusstreit. Eine Dokumentation, in: → www.fluter.de (16.6.2002);

Themenblätter Nr. 19: Familie und Frauen-Rollen (2002);

Nr. 23: Koalieren und Regieren (2003).

Als Redakteurin: Mensch und Politik Sekundarstufe II, Hannover: Schroedel 2002

Themenblätter

→ www.bpb.de >Publikationen (dort auch die vergriffenen)

- Nr. 1: Menschliche Embryonen als Ersatzteillager? Bestell-Nr. 5.351
- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 3: Bundestag/Bundesrat (vergriffen)
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das? Bestell-Nr. 5.354
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 6: Deutschland, deine Inländer Bestell-Nr. 5.356 (vergriffen)
- Nr. 7: Neuer Markt: Internet und Copyright Bestell-Nr. 5.357
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 9: Pop und Politik Bestell-Nr. 5.359
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? Bestell-Nr. 5.360
- Nr. 11: Geben und Nehmen im Bundesstaat Bestell-Nr. 5.361
- Nr. 12: Krieg oder Frieden? Bestell-Nr. 5.362 (vergriffen)
- Nr. 13: Terror und Rechtsstaat Bestell-Nr. 5.363 (vergriffen)
- Nr. 14: Erinnern und Verschweigen Bestell-Nr. 5.364
- Nr. 15: Die Osterweiterung der Europäischen Union Bestell-Nr. 5.365 (vergriffen)
- Nr. 16: Mobbing Bestell-Nr. 5.366
- Nr. 17: Religion und Gewalt Bestell-Nr. 5.367 (vergriffen)
- Nr. 18: Schule und was dann? Bestell-Nr. 5.368 (vergriffen)
- Nr. 19: Familie und Frauen-Rollen Bestell-Nr. 5.369
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten Bestell-Nr. 5.370
- Nr. 21: Hotel Mama – oder die Kunst erwachsen zu werden Bestell-Nr. 5.371
- Nr. 22: Lust auf Lernen Bestell-Nr. 5.372
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 24: 17. Juni 1953 und Herbst '89. Bestell-Nr. 5.374
- Nr. 25: Heimat ist, wo ich mich wohlfühle. Bestell-Nr.: 5.375
- Nr. 26: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstaat. Bestell-Nr.: 5.376
- Nr. 27: Aktien – Chancen und Risiken. Bestell-Nr. 5.377
- Nr. 28: Globalisierung – Ängste und Kritik. Bestell-Nr. 5.378
- Nr. 29: Nationale Symbole Bestell-Nr. 5.379
- Nr. 30: Arbeitslosigkeit – Ursachen und Abhilfen Bestell-Nr. 5.380
- Nr. 31: Zuwanderung nach Deutschland Bestell-Nr. 5.381
- Nr. 32: Familienbande Bestell-Nr. 5.382
- Nr. 33: Internet-Sicherheit Bestell-Nr. 5.383
- Nr. 34: Europa der 25 – Osterweiterung der EU. Bestell-Nr. 5.384
- Nr. 35: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen Bestell-Nr. 5.385
- Nr. 36: Präsidentenwahlen in den USA Bestell-Nr. 5.386
- Nr. 37: 20. Juli 1944: Attentat auf Hitler Bestell-Nr. 5.387
- Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie Bestell-Nr. 5.388

Abonnieren Sie den bpb-Schulnewsletter!

→ www.bpb.de/newsletter

und erhalten Sie Informationen zu den aktuellen Publikationen, Projekten und Angeboten der bpb rund um Schule und Unterricht: vier Mal im Jahr – das gebündelte Angebot der bpb.

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
www.bpb.de
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de

Autor: Petra Beckmann-Schulz
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich), Sabine Klingelhöfer

Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Titelbild: Iris Möckel
Druck: Neef + Stumme, Wittingen

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.

Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

1. Auflage: April 2004
ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.386 (siehe Bestellcoupon S. 63)

Petra Beckmann-Schulz

Präsidentschaftswahlen in den USA

Alle vier Jahre wird der amerikanische Präsident gewählt. Das Wahljahr ist zwar sehr übersichtlich strukturiert, mutet Europäer aber zum Teil seltsam an: In den ersten sechs Monaten wird ganz überwiegend in den sogenannten primaries, den Vorwahlen, entschieden, wer der Kandidat (oder die Kandidatin) der Demokratischen und wer derjenige der Republikanischen Partei werden wird. Diese Vorwahlen sind durch das direktdemokratische Erbe der USA zu erklären: Es sei demokratischer, alle Wähler oder die erklärten Wähler einer Partei entscheiden zu lassen, wer kandidieren soll.

Wahlgrundsätze

Es gibt zwei Hauptmodelle: die „open primary“ (offen für alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger) und die „closed primary“ (offen für die Wählerinnen und Wähler der Demokraten oder der Republikaner). Auch wenn die Vorwahlen getrennt nach Parteien durchgeführt werden, so sind sie doch staatlich organisiert; es wird also festgehalten, wer bei einer „closed primary“ für eine der Vorwahlen teilnahm, eine weitere Teilnahme (bei der anderen Partei) ist damit ausgeschlossen. Es gibt noch weitere Mischformen.

Diese Vielfalt mag für Europäer ungewöhnlich sein, und sie wird noch betont durch weitere Unterschiede in der Durchführung der Wahl. Bis hinunter zur County-Ebene (Bezirksebene) kann z.B. festgelegt werden, mit welchem Instrument gewählt wird (siehe Quiz-Frage 1 auf dem Arbeitsblatt B) und von wann bis wann Wahllokale geöffnet haben. Gelegentlich wird dies auch auf Ebene der Einzelstaaten einheitlich geregelt, aber niemals für alle Bundesstaaten der USA gemeinsam.

Geschichtlicher Hintergrund

Das ist darauf zurückzuführen, dass es die Gründerstaaten der USA als freie „Staaten“ bzw. relativ selbstbestimmte Kolonien schon viel früher gab als die Vereinigten Staaten selber. Der Status der Einzelstaaten und ihre Beziehung zum „Gesamtstaat“ war einer der am meisten umstrittenen Punkte überhaupt bei der Verfassungsgebung. Die ersten Siedler waren ehemals ausgewandert, um in Freiheit zu leben, vor allem in religiöser, aber auch in politischer Hinsicht: In kleinen Gemeinwesen die öffentlichen Angelegenheiten selbstbestimmt zu regeln, besaß und besitzt immense Bedeutung. Im Rahmen der Verfassungsgebung führte dies 1787 u.a. dazu, dass die Zuständigkeiten der Bundesebene in Art. 1 Sect. 8 exakt festgeschrieben („enumeriert“) und alle anderen politischen Aufgaben den Einzelstaaten zuerkannt wurden.

In der US-Verfassung existiert die Festlegung, dass der Präsident alle vier, die Senatoren alle sechs und die Repräsen-

tantenhausabgeordneten alle zwei Jahre zu wählen sind; es gibt dort jedoch keine Durchführungsbestimmungen zu den Wahlen. Diese sind Sache der Einzelstaaten oder weiterer untergeordneter Ebenen.

Eines der herausragenden Ereignisse in der ersten Jahreshälfte ist immer der „Super-Tuesday“: An einem Dienstag Anfang März werden in etlichen (in 2004 in mindestens acht) Bundesstaaten der USA Vorwahlen parallel durchgeführt. Dadurch kann unter Umständen sehr deutlich werden, wer die Führung bei den Demokraten oder bei den Republikanern übernimmt (bei den Republikanern gibt es 2004 keinen Herausforderer für George Bush).

Zum Verständnis amerikanischer Wahlen und Wahlkämpfe...

... sind zweifellos das Verhältnis zwischen Politik, Medien und Politikberatern, zwischen Kandidaten und Parteien sowie die Wahlkampffinanzierung zentral.

Amerikanische Wahlkämpfe sind seit Jahrzehnten in einem Maße personalisiert, wie das bei uns lange noch nicht der Fall ist: Kandidaten geben selber ihre Kandidatur bekannt, deklarieren sich selber als Demokrat oder Republikaner (ein straffes System der Parteimitgliedschaften wie in Deutschland gibt es nicht), bauen ihre Wahlkampfstäbe selber auf, werben selber (mit ihren Mitarbeitern) Wahlkampfspenden ein. Diese Personenorientierung schwächt zwangsläufig die Beziehung zwischen Kandidaten und Parteien und stärkt jene zwischen Medien und Kandidaten.

Die Parteien stellen zwar auch (in geringem Maße) Wahlkampfspenden zur Verfügung und führen vor Ort Wahlkampfveranstaltungen für den Präsidentschaftskandidaten durch, bringen sich selber als Wahlkampfakteure aber längst nicht in dem Maße wie in Deutschland ein. Kandidaten suchen konsequent die Unterstützung der Medien, um ihren Bekanntheitsgrad zu

erhöhen. Um sich dann „richtig“ zu verhalten, zu platzieren und um herauszufinden, was bei den Wählern ankommt, engagieren sie Politikberater (z.B. Umfragespezialisten, Imagespezialisten), die permanent Wünsche und Anforderungen von Wählern und besonderen Zielgruppen ermitteln und ihren Kandidaten entsprechend anpassen.

US-Wahlkämpfe kosten stets mehrere Millionen Dollar. Die Wahlkampffinanzierungsgesetzgebung unterliegt diversen gesetzlichen Bestimmungen; Kandidaten sind manchmal in der Lage, eigene Mittel für ihren Wahlkampf zu verwenden, sie können aber auch Einzelpersonen um Unterstützung bitten (die Masse der Bürger z.B. über das Internet, ausgewählte Personen etwa im Rahmen von Gala-Dinners). Auch Unternehmen, Genossenschaften, die Parteien und weitere Organisationen sind traditionell stark eingebunden. Für jegliche direkte finanzielle Unterstützung gibt es Höchstgrenzen. Es ist u.a. die Professionalität der Wahlkampfspezialisten, die dazu beiträgt, dass Millionenbeträge zusammenkommen können.

Antworten zum Quiz

1. Es gibt insgesamt sechs Möglichkeiten:

- Wahlzettel zum „Kreuzchen machen“
- Wahlzettel zum Lochen vorgestanzter Felder
- Wahlzettel zum Lochen (ohne vorgestanzte Felder)
- Computerbildschirm per Knopfdruck
- Maschine, bei der die Wahl des/der Kandidaten durch die Betätigung eines Schalters erfolgt; durch Ziehen eines Hebels wird die getroffene Wahlentscheidung bestätigt.
- Markierung auf Wahlzettel mit einem optischen Lesestift.
- Geplant ist für die nächste Wahl eine weitere Möglichkeit der Stimmabgabe: die Wahl per Touchscreen (siehe DIE ZEIT vom 19.2.2004).

Welche der Alternativen gewählt wird, kann zumeist sogar auf der Bezirksebene entschieden werden, da das Bundeswahlgesetz der USA keine Ausführungsbestimmungen enthält. Den nachgeordneten föderalen Ebenen sollte nach dem Willen der Verfassungsväter möglichst große Eigenverantwortung in vielen Bereichen überlassen bleiben, da sie ja schon ihre Souveränität aufgegeben hatten, um Teil der Vereinigten Staaten zu werden.

2. In den USA werden regelmäßig ca. 500.000 öffentliche Ämter durch Wahl besetzt. Es handelt es sich um so unterschiedliche Positionen wie etwa Schulbeiräte und Stadtverordnete, Sheriffs, Staatsanwälte, Gouverneure, Senatoren und eben den Präsidenten. Dieses Ausmaß ist auf die über 200 Jahre alte, ungebrochene republikanische Tradition zurückzuführen: Schon zu den Kolonialzeiten im 17. Jahrhundert war es üblich, Funktionen im Gemeinwesen durch Wahl zu besetzen. Wahlberechtigt waren damals lediglich weiße, männliche Landbesitzer, die mindestens 21 Jahre alt waren.

3. Ja, das ist das sogenannte „resident requirement“. Da es keine Meldepflicht in den USA gibt, verlangen die einzelnen Bundesstaaten eine „Mindestwohnzeit“ als Berechtigung, dort wählen zu können. Diese Mindestwohnzeit (bzw. die Zeit, in der man als Wähler schon registriert gewesen sein muss, bevor man wählen darf) variiert zwischen zwei Wochen und mehreren Monaten. Nur North Dakota kennt keine solche Regelung.

4. b und c sind zutreffend. Der Wahltag wurde 1845 per Bundesgesetz festgelegt: Neben den jahreszeitlichen Gründen und dem Kirchgang (letzterer hat als Argument nichts eingebüßt) entschied man sich nicht für den Montag, weil einige Bürger schon am Sonntag – dem Kirchgangstag – hätten aufbrechen müssen, um das Wahllokal dann am Folgetag auch zu erreichen. Es sollte der Dienstag nach dem ersten Montag (also niemals der 1. November) sein, weil der erste November für viele ein Feiertag (Allerheiligen) ist und weil etliche Kaufleute damals wie heute am Ersten des Monats ihre Einnahmen für den vergangenen Monat bilanzieren.

5. Nein, auf Bundesebene gibt es außer dem Präsidenten, der die Exekutive verkörpert, noch die Senatoren und die Abgeordneten des Repräsentantenhauses. Die beiden Letzteren gehören den zwei Kammern des Kongresses, der Legislative, an und sind gleichberechtigt. Im Senat sitzen 100 Senatoren und im Repräsentantenhaus 435 Abgeordnete. Auf Bundesebene gibt es noch die Mitglieder des Supreme Court (Judikative), die vom Präsidenten ernannt werden und vom Senat mit Zweidrittelmehrheit bestätigt werden müssen.

6. Ja, denn die Senatoren werden ausschließlich von der wahlberechtigten Bevölkerung des jeweiligen Bundesstaates gewählt; analog werden die Repräsentantenhausabgeordneten von der Wahlbevölkerung der jeweiligen Wahldistrikte (ca. 500.000 Bürger pro Distrikt) bestimmt.

7. Ja. Ursprünglich war vorgesehen, den Präsidenten von einem Wahlmännnergremium, also indirekt, legitimieren zu lassen. Im 19. Jahrhundert setzte sich jedoch die Volkswahl des Präsidenten durch. Dennoch gibt es bis heute das Relikt des Wahlmännnergremiums: Die Wahlmänner (oder heute auch -frauen) eines jeden Bundesstaats treffen nach der Volkswahl im Dezember zusammen, um das offizielle Votum „nachzuvollziehen“. Sie geben ihre Stimme in einem komplizierten Verfahren analog zum Ergebnis der Volkswahl ab, verhalten sich demnach so, als ob sie ein gebundenes Mandat hätten, obwohl dies gar nicht der Fall ist. Die Umsetzung der Volkswahl in das Votum des Gremiums kann Verzerrungen in den Wahlergebnissen hervorrufen.

8. Alle fünf Funktionen hat der amerikanische Präsident inne. Während die ersten vier sich aus der Verfassung ableiten bzw. in ihr explizit so benannt sind, ist dem Präsidenten die Funktion als Parteiführer im Laufe der Zeit zuerkannt worden bzw. sie ist ihm zugewachsen.

Weitere Lösungen siehe S.63.

Petra Beckmann-Schulz

Präsidentschaftswahlen in den USA

Lesen Sie den folgenden Text und setzen Sie das jeweils passende Wort in die entsprechende Textlücke:

Antrittsrede – bevölkerungsreichen – Bundesstaaten – ersten – Mitglieder – offiziell – Parteitag – Parteiversammlungen – Präsident – transparenter – Urwahl – Wahlmänner und Wahlfrauen – 20. Jahrhunderts

Der lange Weg ins Weiße Haus

Die Kandidaten können ihre Kandidatur bekannt geben, wann sie wollen, auch deutlich vor den Vorwahlen (primaries) des Wahljahres. Mit den Vorwahlen beginnt das Wahljahr Sie werden in den einzelnen Bundesstaaten getrennt nach Parteien durchgeführt (im allgemeinen von Januar bis Juni des Wahljahres). Zur Beteiligung aufgerufen sind alle Bürger oder die selbsternannten einer der beiden Parteien. Die Einführung von Vorwahlen begann Anfang des Die Kandidatenaufstellung sollte und demokratischer werden – vorher wurden Kandidaten in kleinen Parteizirkeln aufgestellt. Für die republikanische Partei und die demokratische Partei wird so ermittelt, welcher Kandidat die Wahl in wie vielen gewonnen hat (in nur ganz wenigen Bundesstaaten werden keine Vorwahlen durchgeführt, sondern Kandidaten in aufgestellt). Als Kandidat wird dann auf dem jeweiligen nationalen (national convention) im Hochsommer des Wahljahres derjenige nominiert, der die meisten Bundesstaaten gewonnen hat.

Danach beginnt der Wahlkampf für die Hauptwahl (general election): Der Kandidat der Republikaner und derjenige der Demokraten stehen jetzt fest; nun geht es um die Präsidentschaft.

Kandidaten kümmern sich nun vorrangig darum, die Bundesstaaten für sich zu gewinnen. Am Dienstag nach dem Montag im November wird der US-Präsident vom amerikanischen Volk gewählt. Im Allgemeinen steht das Ergebnis Mittwoch Morgen fest. Am 20. Januar des Folgejahres tritt der neu gewählte dann sein Amt mit seiner (inaugural address) an. Zwischen diesen beiden Terminen kommen im Dezember noch die aller Bundesstaaten in ihren Staaten zusammen, um entsprechend dem Ergebnis der ihr Votum abzugeben.



© US Dept of State, Office of International Information Programs, Election 2000. Illustration by Ken Dubrowski

1. **Interpretieren Sie die Zeichnung.** Orientieren Sie sich dabei an folgenden Leitfragen:

- Was stellt der Zeichner dar (Aussage oder Thema)?
- Wie und mit welchen Mitteln (Figuren, Objekten, Symbolen) wird das Thema präsentiert?
- Ist aus der Zeichnung eine bestimmte Einstellung, Meinung in der Deutung des Zeichners erkennbar (Tendenz der Zeichnung)?
- Wie beurteilen Sie die Aussage der Zeichnung (eigene Meinung)?
- Welche Fragen ergeben sich für Sie aus der Zeichnung (weitere Fragen)?

2. **Diskutieren Sie die Idee der Vorwahlen:** Welche Vor- und welche Nachteile sehen Sie?

3. Wie werden **bei uns** die Kandidaten bzw. Kandidatinnen für das Amt des Regierungschefs/der Regierungschefin ermittelt?

Quiz:**„Wahlen in den USA sind anders ...“**

Mehrfachnennungen möglich

- In Deutschland wird gewählt, indem die Wahlberechtigten auf den Stimmzetteln bei dem Kandidaten bzw. der Partei ihrer Wahl „das Kreuzchen machen“. In den USA kennt man noch weitere Methoden der Stimmabgabe. Man unterscheidet
 - a) zwei
 - b) vier
 - c) sechs Möglichkeiten.
- Die USA sind bekannt dafür, viele öffentliche Ämter per Wahl zu besetzen. Insgesamt werden so viele Ämter per Wahl besetzt:
 - a) ca. 100.000
 - b) ca. 500.000
 - c) ca. 700.000
- US-Bürger, die wählen wollen, müssen sich vorher als „eingetragene Wähler“ registrieren lassen.
 - a) ja
 - b) nein
- Die Amerikaner wählen ihren Präsidenten immer am Dienstag nach dem ersten Montag im November, weil
 - a) die Verfassung das vorschreibt
 - b) im historischen Amerika die Ernte dann schon eingefahren war, es aber noch nicht zu versneit war, um sich auf den Weg zum Wahllokal zu machen
 - c) man am Sonntag in die Kirche geht
 - d) man am Wochenanfang zunächst zur Arbeit erscheinen muss
- Auf Bundesebene gibt es außer dem Präsidenten nur noch die Senatorenposten als öffentliche Wahlämter.
 - a) ja
 - b) nein, sondern noch
- Einzig und allein zur Wahl des Präsidenten sind sämtliche US-Bürger wahlberechtigt.
 - a) ja
 - b) nein
- Der US-Präsident wird heute de facto vom amerikanischen Volk gewählt, de jure jedoch noch immer von einem „Wahlmännergremium“.
 - a) ja
 - b) nein
- Der Präsident der Vereinigten Staaten ist
 - a) Regierungschef
 - b) Staatsoberhaupt
 - c) oberster Befehlshaber der Streitkräfte
 - d) Chefdiplomat
 - e) Parteiführer

Und wie ist es in der Bundesrepublik Deutschland?

- Regierungschef ist in Deutschland
 - a) der Bundespräsident
 - b) der Bundeskanzler
 - c) der Bundestagspräsident
- Der Bundeskanzler wird in Deutschland
 - a) von der Bundesversammlung
 - b) direkt vom Volk
 - c) vom Bundestag
 - d) vom Bundesrat gewählt
- Der Bundespräsident wird in Deutschland
 - a) von der Bundesversammlung
 - b) direkt vom Volk
 - c) vom Bundestag
 - d) vom Bundesrat gewählt
- Die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte hat
 - a) der Bundespräsident
 - b) der Bundeskanzler
 - c) der Verteidigungsminister
- Der Bundeskanzler ist grundsätzlich
 - a) Staatsoberhaupt
 - b) Regierungschef
 - c) Oberster Befehlshaber der Streitkräfte
 - d) Parteivorsitzender
- Wie oft wird der Regierungschef regulär gewählt?
 - a) alle drei Jahre
 - b) alle vier Jahre
 - c) alle fünf Jahre
- Wie oft kann sich der Bundeskanzler wiederwählen lassen?
 - a) gar nicht (nur eine Amtsperiode)
 - b) ein Mal (zwei Amtsperioden)
 - c) zwei Mal (drei Amtsperioden)
 - d) ohne Beschränkung

Wer kann kandidieren?

Das Parteiensystem der USA ist faktisch ein Zweiparteiensystem, das von der Demokratischen Partei und der Republikanischen Partei bestimmt wird. Kleinere Parteien haben keine Chance auf Regierungsbeteiligung, zumal nur etwa die Hälfte der Amerikaner wählen geht.

Anders als in Europa sind die amerikanischen Parteien keine Mitglieder- und Programmparteien, sondern Wählerparteien, die hauptsächlich durch Spenden finanziert werden. Die mangelnde Bindung an Parteibasis und -programme bewirkt die starke Personalisierung der Wahlkämpfe. Noch mehr als bei uns geht es bei den amerikanischen Wahlen um Personen und ihre Inszenierung in den Medien.

Die Kandidaten investieren in ihren Wahlkampf oft mehrstellige Millionen-Dollar-Beträge, von denen ein Teil auch aus dem Privatvermögen stammen kann. Üblicherweise kommen von amerikanischen Konzernen und Privatpersonen insgesamt Hunderttausende oder gar Millionen Dollar zusammen, um den jeweiligen Wunschkandidaten zu unterstützen.

Welche Voraussetzungen muss ein Kandidat/ eine Kandidatin für die Präsidentschaft in Amerika mitbringen? Kann jeder/ jede Präsident werden? Wie ist das bei uns in Deutschland?

Welche Rolle spielen politische Überzeugungen, die Medien, Spendengelder, Lobby, Ansehen, Rasse, Geschlecht? Arbeiten Sie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vergleich zum deutschen System heraus.

Tipp: „Informationen zur politischen Bildung“ Nr. 199: Politisches System der USA, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Auch unter: → www.bpb.de/publikationen > Informationen zur Politischen Bildung.



Literaturhinweise

- Adams, Willi Paul/Lösche, Peter (Hrsg.), unter Mitarbeit von Anja Ostermann: Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Geografie, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 3. aktualisierte Ausgabe, Bonn 1998. Umfassendes Kompendium mit drei Unterkapiteln zu Wahlen in den USA (zurzeit vergriffen; Neudruck ab Dezember 2004).
- Hübner, Emil: Das politische System der USA. Eine Einführung, 4. aktualisierte und überarbeitete Auflage, Beck Verlag, München 2001.
Thematisiert auch Aspekte der Geschichte, Medien, politischen Kultur. Mit einem Kapitel zu Wahlen.
- Jäger, Wolfgang/Welz, Wolfgang: Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, Oldenbourg Verlag, München 1998. Für Lehrende sowie SchülerInnen / Studierende gut geeignet. Ein Kapitel zu Parteien und Wahlen.
- Wersich, Rüdiger (Hrsg.): USA-Lexikon. Erich Schmidt Verlag, Berlin 1996 (Studienausgabe). Umfangreiches Nachschlagewerk zu diversen Schlüsselbegriffen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur und den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Mehrseitiger Artikel zu Wahlen.

Internetadressen

- www.usembassy.de/usa/regierungswahlen.htm
Kurzinformation mit vielen weiterführenden Links zu den Wahlen.
- www.archives.gov/national_archives_experience/constitution_transcript.html
Die US-Verfassung in Englisch.
- www.documentarchiv.de/in/usverf.html
Die US-Verfassung in Deutsch.
- www.dejure.org/gesetze/GG
Das Grundgesetz.
- www.bpb.de
Im Glossar findet man zentrale Schlagworte zum Thema "Politisches System der USA."

Internetadressen zu den Präsidentschaftswahlen 2004:

- www.usinfo.state.gov/products/pubs/election04/
Umfassender Überblickstext zu den Präsidentschaftswahlen 2004 in Englisch.
- www.politikerscreen.de
Das Dossier von Politikerscreen informiert über die Stationen des Wahlkampfes 2004.
- www.nyt.com
Die New York Times bietet eine kostenlose Online-Begleitung zu den Wahlen in den USA 2004.



Lösungen:

Arbeitsblatt A:

Reihenfolge der auszufüllenden Begriffe:

offiziell, Mitglieder, 20. Jahrhunderts, transparenter, Bundesstaaten, Parteiversammlungen, Parteitag, bevölkerungsreichen, ersten, Präsident, Antrittsrede, Wahlmänner und Wahlfrauen, Urwahl.

Arbeitsblatt B:

Richtige Antworten rechte Spalte:

1b); 2c); 3a); 4c); 5b); 6b); 7d)

Abonnieren Sie den bpb-Schulnewsletter!

→ www.bpb.de/newsletter

und erhalten Sie Informationen zu den aktuellen Publikationen, Projekten und Angeboten der bpb rund um Schule und Unterricht: vier Mal im Jahr – das gebündelte Angebot der bpb.

Bestellcoupon

Achtung: Neue Versandbedingungen! Bis 1 kg kostenlos und portofrei, bei 1-15 kg Portobeitrag von ca. 4,60 EUR per Überweisung nach Erhalt.

Bestell-Nr.: 5.383 _____ Nr. 33: Internet-Sicherheit
 Bestell-Nr.: 5.384 _____ Nr. 34: Europa der 25 – Osterweiterung der EU
 Bestell-Nr.: 5.385 _____ Nr. 35: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen
 Bestell-Nr.: 5.386 _____ Nr. 36: Präsidentschaftswahlen in den USA
 Bestell-Nr.: 5.387 _____ Nr. 37: 20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler
 Bestell-Nr.: 5.388 _____ Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie

Weitere Themenblätter: siehe Umschlagseite 2!

Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
 Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
 Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
 Bestell-Nr. _____ Exemplare _____

Jede Ausgabe enthält das Arbeitsblatt 27-29 fach!

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet unter

→ www.bpb.de (Publikationen).

Informationen zur politischen Bildung

Bestell-Nr. 4.199 _____ Nr. 199: Politisches System der USA

Themenblätter für die Grundschule

Doppelseitiges buntes Wimmelarbeitsblatt; pro Ausgabe 15fach plus Lehrerhandreichung:

Bestell-Nr. 5.350 _____ Nr. 1: Mädchen und Jungen sind gleichberechtigt
 Bestell-Nr. 5.349 _____ Nr. 2: Meine Freiheit, deine Freiheit

Pocket Politik _____ Exemplare

Pocket Wirtschaft _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.340 _____ Methoden-Kiste

Verzeichnis der lieferbaren Unterrichtsmaterialien,
 Bestell-Nr. 999 (wird ca. alle 6 Wochen aktualisiert)

Timer bitte nicht mit diesem Coupon bestellen! (Siehe Rückseite)

